



Fünf Fragen an ...

Monika Knill

Erziehungsdirektorin
Kanton Thurgau



1 Noch vor einer Woche haben die Kantone vor einem Eingreifen des Bundesrats im Sprachenstreit gewarnt. Vergänglich. Was halten Sie davon? Ich bin sehr enttäuscht und überrascht. In unserem Antwortschreiben an Innenminister Alain Berset haben wir klar zum Ausdruck gebracht, dass die Verhältnismässigkeit für einen Eingriff des Bundes nicht gegeben ist und welche Risiken damit verbunden sind. Ohne Erfolg. Der Entscheid zum zentralistischen Eingriff stand da wohl schon fest. Nimmt der Bund uns Kantone überhaupt noch ernst?

2 Der Kanton Thurgau stellt sich im Sprachenstreit quer. Hat er den Bogen überspannt? Nein. Wir fühlen uns unverändert verpflichtet, die qualitativen Ziele im Französisch zu erreichen, die das Gesetz vorgibt. Wir wählen einfach einen anderen Weg. Wir werden nun zum Sündenbock gemacht, obwohl andere Kantone wie Uri und Appenzell-Ausserrhoden auch kein Französisch auf der Primarstufe kennen und in zahlreichen Kantonen ähnliche Initiativen vorliegen.

3 Sie stecken nun quasi im Sandwich zwischen Ihrem Parlament und dem Bundesrat. Zu wem geben Sie sich loyal? Wir haben einen parlamentarischen Auftrag, der steht nicht zur Diskussion. Die Entwicklungen auf Bundesebene werden wir aber aufmerksam verfolgen. Derzeit läuft im Kanton Thurgau die Vernehmlassung zum Lehrplan Volksschule Thurgau, wovon der Französischunterricht ein Bestandteil ist. Die Stellungnahmen werden wir ebenfalls analysieren.

4 Der Bundesrat befürchtet, dass mit einem Verzicht auf das Frühfranzösisch der nationale Zusammenhalt gefährdet ist. Sehen Sie das auch so? Persönlich habe ich Mühe mit derartigen Zuspitzungen. Ein gewisses Verständnis habe ich dafür, dass die Regionen für ihre Sprache kämpfen. Der Zusammenhalt dieses Landes basiert aber auf ganz anderen Säulen als nur auf dem Frühfranzösisch. Denken Sie etwa an den Sport, die Kultur- und Arbeitswelt sowie den Tourismus. Diese Emotionalität und dieses Schwarz-Weiss-Denken über den Röstigraben hinweg führen zu einer Abwehrreaktion. Die Gefahr ist gross, dass dieser Streit Spuren hinterlässt, die dem Zusammenleben abträglich sind.

5 Et vous? Parlez-vous français? No, seulement pour le niveau de vacances. (lacht) Ich hatte erst auf der Sekundarstufe Französisch. Zuletzt verbrachte ich aber zwei Sprachaufenthalte in Montreux. Entscheidend ist, wie intensiv eine Sprache vermittelt wird. Und wie gut eine Lehrperson ausgebildet ist. Man überschätzt die Wirkung von zwei Lektionen in der Primarschule. Man sollte sich auch besser mal fragen, warum der Funke beim Französisch im Vergleich zum Englisch nicht so springt. (jus)

Berset will Französisch in der Primarschule vorschreiben

Vor zwei Wochen haben die kantonalen Erziehungsdirektoren Innenminister Alain Berset in einem offenen Brief gebeten, auf eine Intervention im Sprachenstreit zu verzichten. Doch der Romand hat andere Pläne.

von Dennis Bühler

Sein Akzent sei nicht perfekt, das wisse er. «Aber Deutsch spreche ich ganz ordentlich – nicht zuletzt, weil ich es früh zu lernen begann.» Als Alain Berset 2011 in den Bundesrat gewählt wurde, sprach der vormalige SP-Ständerat aus dem zweisprachigen Kanton Freiburg vorne am Rednerpult vor der Vereinigten Bundesversammlung erst auf Rätoromanisch, dann auf Italienisch, schliesslich auf Deutsch und Französisch. So, wie es sich für einen Staatsmann gehört.

So aber auch, wie es heute kaum mehr jemand kann: nicht jeder Bundesrat (man denke an den auf Deutsch radebrechenden Guy Parmelin und Johann «Chers Malades» Schneider-Ammann); nicht jeder Volksvertreter (man erinnere sich an die Klage des Waadtländer FDP-Nationalrats Fathi Derder, viele Deutschschweizer Parlamentarier verstünden «kein Wort Französisch»); und erst recht nicht jeder Schulabgänger.

Trotz der erkannten Defizite ist der Sprachenfrieden in Gefahr, den die Kantone 2004 im Rahmen der Harmonisierung des Schulwesens in der Schweiz (Harmos) schlossen und dem die Stimmbevölkerung zwei Jahre später mit rekordhohen 86 Prozent zustimmte. In nicht weniger als sieben Deutschschweizer Kantonen gibt es ernsthafte Bestrebungen, vom damaligen Frieden abzurücken:

- **Thurgau:** Im April hat die Regierung einen Lehrplan vorgestellt, der auf Primarstufe keinen Französischunterricht mehr vorsieht. Die Einführung ist auf das Schuljahr 2017/18 vorgesehen (siehe Interview rechts).

- **Basel-Landschaft:** Voraussichtlich 2017 wird über die Volksinitiative «Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt» abgestimmt, die primär gegen Frühenglisch zielt.

- **Glarus:** Gemäss dem im letzten November vom Regierungsrat präsentierten neuen Lehrplan können Ober- und Realschüler Französisch künftig zugunsten von textilem oder techni-



«Föderalismus bedeutet nicht, dass jeder Kanton machen kann, was er will.»

Alain Berset
Innenminister

Lehrplan 21: Streit an allen Ecken und Enden

Schweizweit sollen Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen, Übergänge im System und die Anerkennung von Abschlüssen harmonisiert werden – so lautet das Ziel des seit Jahren umstrittenen Lehrplan 21 (LP 21). **Im Herbst 2014** haben ihn die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren freigegeben – nun ist es an den Kantonen, über die Einführung zu entscheiden. In 13 der 21 beteiligten Kantone aber hat sich längst vehemente **Opposition formiert:** Die Gegner des LP 21 kritisieren die fehlende demokratische Mitsprache, aber auch den neu auf den Erwerb von «Kompetenzen» statt Inhalten ausgerichteten Unterricht. Dieser setze zu stark auf eigenständiges Lernen, was schwächere Schüler überfordere. Der grösste Stein des Anstosses aber ist die Frage, wann mit dem Erlernen welcher Sprache begonnen werden soll: Englisch vor Französisch? Oder umgekehrt? Möglichst früh? Oder erst in der Oberstufe? (dbü)

schem Gestalten abwählen; für Sekundärstufe hingegen bleibt die zweite Landessprache Pflicht. Der Lehrplan wird auf das Schuljahr 2017/18 eingeführt.

- **Graubünden:** Zwar erklärte der Grosse Rat die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» im April 2015 aus rechtlichen Gründen für ungültig, doch das Verwaltungsgericht hiess die Beschwerde der Initianten vor zwei Monaten gut. Die Sprachenorganisation Pro Grigioni Italiano zieht das Urteil ans Bundesgericht weiter, weil die Initiative die italienische und die rätoromanische Sprache diskriminiere.

- **Luzern:** Entgegen dem Antrag des Regierungsrats hiess das Parlament die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» gut. Abgestimmt wird darüber wohl im nächsten Jahr.

- **St. Gallen:** Im Herbst wird über die Initiative «Ja zum Ausstieg aus dem gescheiterten Harmos-Konkordat» abgestimmt, die primär die Streichung der zweiten Fremdsprache auf Primarstufe verlangt.

- **Zürich:** 2017 wird über die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» abgestimmt, die von den Lehrerverbänden getragen wird.

Wie kurz soll die Leine sein?

Angesichts der breiten Opposition warb Bundesrat Berset gestern nicht nur mit seiner eingangs erwähnten eigenen Erfolgsgeschichte für die Sprachförderung im Kindesalter, sondern drohte den Kantonen auch handfest: Zwar würde es der Bundesrat vorziehen, nicht einschreiten zu müssen, sagte der Innenminister. «Wenn sich die Kantone aber nicht an ihre vor zwölf Jahren festgelegte Strategie halten, müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen – dazu verpflichtet uns die Bundesverfassung.» Föderalismus bedeute nicht, dass jeder Kanton machen könne, was er wolle.

Die Regierung hat gestern die Vernehmlassung zu einer Ergänzung des Sprachengesetzes eröffnet. Konkret stellt sie drei Varianten zur Diskussion, die die Kantone an unterschiedlich kurze Leinen nehmen würden:

- **Variante 1** folgt dem Vorschlag der nationalrätlichen Bildungskommission: Der Unterricht in der zweiten Landessprache muss spätestens ab dem 5. Primarschuljahr beginnen.

- **Variante 2** verankert die Lösung des Harmos-Konkordats auf Gesetzesstufe: Die erste Fremdsprache muss spätestens ab dem 3. Schuljahr, die zweite ab dem 5. Schuljahr unterrichtet werden. Den Kantonen ist freigestellt, ob sie mit Englisch oder einer zweiten Landessprache beginnen.

- **Variante 3** lässt den Kantonen am meisten Spielraum: Der Unterricht in der zweiten Landessprache muss während der Primarschule beginnen – spätestens also in der 6. Klasse – und bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit andauern. Diese Variante wird vom Bundesrat bevorzugt.

«Nationale Zerreihsprobe»

Die kantonalen Erziehungsdirektoren wehren sich vehement gegen den hoheitlichen Eingriff. Vor gerade mal zwei Wochen warnten sie in einem offenen Brief an Berset, eine Bundesintervention berge erhebliche Risiken. Namentlich könne eine diesbezügliche Volksabstimmung zu einer «nationalen Zerreihsprobe» werden. Entsprechend enttäuscht äusserte sich Christoph Eymann, der Präsident der Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK). «Mit Ausnahme von Thurgau und den seit jeher abseits stehenden Uri und Appenzell-Ausserrhoden stehen nach wie vor alle Kantone hinter dem Sprachenfrieden», sagte der Basler Regierungsrat. «Die Verhältnismässigkeit für eine Bundesregelung ist zurzeit ganz klar nicht gegeben.» Mit seinem Vorpreschen riskiere der Bundesrat, dass es nur schon im Parlament zu einem wüsten Hickhack zwischen den Sprachregionen kommen werde. «Und in der Bevölkerung ist die Ausgangslage noch schwieriger.»

Eine Intervention im Sprachenstreit stellte nicht den ersten Eingriff des Berner Bildungsvogts dar: In den Siebzigerjahren zwang er den Kanton Zürich auf Linie, nachdem dessen Bevölkerung dagegen votiert hatte, den Beginn des Schuljahres vom Frühling in den August zu verschieben.